



39



Beschluss-(Resolutions)-Antrag

der ÖVP-Gemeinderätinnen und Gemeinderäte Mag. Manfred JURACZKA und DI Elisabeth OLISCHAR, eingebracht in der Sitzung des Wiener Gemeinderates vom 20.11.2017 zu Post 1 (Spezialdebatte Umwelt und Wiener Stadtwerke)

betreffend Ausbau des Wiener Busnetzes zur besseren Erschließung der Stadterweiterungsgebiete und Außenbezirke

Derzeit entstehen sehr viele neue Wohnmöglichkeiten für die Wienerinnen und Wiener zum Teil in verkehrstechnisch eher abgelegenen Stadtteilentwicklungsgebieten. Oftmals befinden sich in deren Nähe keine hochrangigen öffentlichen Verkehrsmittel, sodass die dort lebenden Menschen in den neuen Wohngebieten auf keine entsprechend attraktiven öffentlichen Verkehrsmittel zurückgreifen können und auf ein Auto angewiesen sind. In den meisten dieser Fälle beschränkt sich das Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln auf Busse, die oftmals die Gebiete aufgrund ihrer Linienführung nur unzureichend erschließen. Hinzu kommt, dass die Busintervalle in vielen Fällen zu lang sind.

Ein typisches Beispiel ist die verkehrstechnische Erschließung des Stadtteilprojektes Monte-Laa mit öffentlichen Verkehrsmitteln, die trotz der erfolgten und noch bevorstehenden Zunahme an Wohnflächen in diesem Stadtteil grob vernachlässigt wurde. Für die zahlreichen Zuzieher steht nur eine Buslinie zur Verfügung, deren Kapazität derzeit nicht ausreicht. Hier wurde an der Verkehrspolitik vorbei Stadteilerweiterung betrieben. Mit dem Effekt, dass die Bewohner nun zum Großteil auf das eigene Auto angewiesen sind. Das widerspricht der Zielsetzung der Stadt Wien, für die Voraussetzungen für mehr Nachhaltigkeit im Verkehr zu sorgen.

Des Weiteren ist neben einem Ausbau des Busnetzes auch eine Evaluierung bestehender Linien anzudenken. Neue oder abgeänderte Streckenführungen könnten der Verdichtung von Bestandsgebieten rasch begegnen und dazu beitragen, ein engmaschiges Netz zu etablieren. Ein Beispiel dafür ist die Verlängerung der Buslinie 39A, die nun zwei Täler in Döbling miteinander verbindet. Durch solche Nachschärfungen wird es möglich ein attraktives Angebot zu schaffen das den Bewohnern die Möglichkeit gibt, ihre Wege größtenteils mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu absolvieren.

Die gefertigten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte stellen daher § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschluss(Resolutions)antrag

Die zuständige amtsführende Stadträtin für Umwelt und Wiener Stadtwerke wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass einerseits sowohl neue, als auch nicht gut erschlossene bestehende Stadtteile – vor allem in den Außenbezirken - ausreichend mit einem attraktiven, engmaschigen Busverkehr ausgestattet werden, um den dortigen Bewohnern die Möglichkeit zu geben, ihren Mobilitätsbedarf zum Großteil mit den öffentlichen Verkehrsmitteln zu decken. Andererseits sollen bestehende Linien evaluiert und ggf. als neue Situationen angepasst (Streckenänderung / -erweiterung) werden. Insbesondere ist darauf zu achten, dass auch zwischen den Bezirken tangential geführte Buslinien verkehren.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung.

Wien, 20.11.2017